

Rhomberg, Markus:

Wirklich die „vierte Gewalt“?: Funktionsverständnisse für die Massenmedien in der Gesellschaft,

in: Jansen, Stephan A. / Priddat, Birger P. / Stehr, Nico (Hrsg.): Korruption: unaufgeklärter Kapitalismus – multidisziplinäre Perspektiven zu Funktionen und Folgen der Korruption, Wiesbaden, VS-Verl. für Sozialwissenschaften, 2005 (Zeitschriften der Zeppelin University zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik)
S. 123-140

Wirklich die „vierte Gewalt“? Funktionsverständnisse für die Massenmedien in der Gesellschaft

Markus Rhomberg

1. Einleitung

Im 18. Jahrhundert arbeitete Charles de Montesquieu erstmals mit dem Begriff der Gewaltenteilung. In seiner Konzeption verwendete er die Begriffe der Legislative, der Exekutive und der Judikative. Im deutschen Grundgesetz beschreibt der Artikel 20 ihre Aufgaben und Funktionen. Der Begriff der „vierten Gewalt“ wird nicht explizit erwähnt, die Massenmedien jedoch im Artikel 5 in Zusammenhang mit der Freiheit der Presse. „Die Medien sind frei, müssen sich ihre Rolle selbst suchen, die anderen drei Gewalten sind bereits definiert und haben ihren verfassungsmäßig verankerten Status“¹. In den Konzepten des „good governance“ wird der Grad der Pressefreiheit als einer der Indikatoren für die Demokratisierung eines Staates beschrieben.

Die Medien werden in ihrer Gesamtheit als funktionaler Bestandteil des demokratischen Gemeinwesens angesehen. Medien sollen den konstruktiven Konflikt im Diskurs mit dem Leser und gesellschaftlichen Gruppen suchen. Die ihnen normativ zugewiesenen Funktionen – zusammengefasst als öffentliche Aufgabe – betreffen die Konstituierung und Aufrechterhaltung eines Meinungsmarktes, die individuelle Meinungsbildung, die Information und Unterhaltung der Individuen sowie die Kritik und Kontrolle des politischen Systems².

Der letzte Aspekt wird unter der Bezeichnung ‚Vierte Gewalt‘ häufig überbewertet, da die Presse weder über die institutionelle Macht der drei klassischen Gewalten verfügt, noch demokratisch legitimiert ist. Zudem erschwert die Doppelnatur aus privatwirtschaftlicher Organisation und öffentlicher Aufgabe die Erfüllung der gesellschaftlichen Funktionen (Stöber 2003: 152).

In den Lehrbüchern zur Medienwissenschaft und politischen Kommunikation werden den Massenmedien die Funktionen der Information, der Meinungsbildung bzw. der Kritik und der Kontrolle zugeschrieben. Im Lichte der Korruptions-Diskussion ist besonders die dritte Aufgabe, nämlich die Kontrollfunktion der Medien in demokratischen Systemen von Gewicht. In diesem Beitrag soll

1 Baecker (2003: 1).

2 Vgl. Stöber (2003: 151f.).

mit dem Begriff der „vierten Gewalt“ die Rolle der Medien bei der Aufdeckung bzw. der Verhinderung von Korruption verstanden werden. Korruption definieren wir nach Nye als

Verhalten, das von den formalen Pflichten einer öffentlichen Rolle (in die man gewählt oder zu der man ernannt wurde) abweicht, um sich privat orientierte (persönliche, familiäre, einer privaten Clique zugute kommende) finanzielle Vorteile oder Statusgewinne zu verschaffen; oder daß Regeln gegen bestimmte Arten der privat orientierten Einflußnahme verletzt werden (Nye 1967: 419).

Die Suche nach der demokratischen Legitimation für die Rolle der vierten Gewalt, die sie ja in eine Reihe mit der Legislative, der Exekutive und der Judikative stellt, gestaltet sich aber nicht einfach. Hier soll versucht werden, diese Funktion aus den historischen Gegebenheiten, aus der Entwicklung der Massenmedien und ihrer Rolle für Demokratisierungsprozesse zu beschreiben. Deutschland und England dienen dazu als Beispiele. In einem zweiten Schritt werden dann die Funktionen der vierten Gewalt der Massenmedien thematisch ausgefüllt, die Logiken der beiden Systeme der Massenmedien und der Politik beschrieben, ihre Verbindungen und die Relevanzen, die sie füreinander haben, klargelegt.

Zur Integration in einer demokratischen Gesellschaft ist es notwendig, dem öffentlichen Geschehen folgen zu können, politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge zu erkennen, seine eigene Position in der Gesellschaft wahrzunehmen, die demokratische Verfassung zu verstehen und über die Absichten und Handlungen des politischen Systems informiert zu sein. Ohne Informationen aus den Massenmedien gäbe es für den Großteil der Bevölkerung keine Möglichkeit sich über das politische Geschehen zu informieren. Um mit Luhmann zu sprechen, liegt die Funktion der Massenmedien in der Beteiligung aller an einer gemeinsamen Realität³. Dies ist aber keine Einbahnstraße. Denn auch das politische System weiß nicht, was das Publikum denkt, worüber die Bürger kommunizieren und wo ihre Präferenzen liegen. Der Spiegel der Massenmedien muss also ebenfalls vom politischen System genutzt werden.

Auf dem Weg ins politische Zentrum haben die Massenmedien die spezifische Aufgabe, die äußerst komplexe Gischt der Meinungsflut, die der Politik vom Publikum aus entgegenbrandet, auf jene Beiträge und Themen zu konzentrieren, die hinreichend viel Aufmerksamkeitswert verdienen und genug Durchhaltevermögen gegenüber der medialen Beanspruchung besitzen. Das Ergebnis dieser ersten Vorselektion politisch relevanter Themen außerhalb des Publikums ist die öffentliche Meinung (Hellmann 2003: 183).

3 Vgl. Luhmann (1996: 183).

Die Selektion dieser Themen erfolgt – wie wir später noch sehen werden – mit Hilfe bestimmter Nachrichtenfaktoren. Die moderne Demokratie, so wie wir sie heute kennen, wäre also ohne Massenmedien gar nicht möglich.

2. Die Entwicklung der Massenmedien und die Entstehung politischer Öffentlichkeit⁴

Die Entwicklung der modernen Massenmedien ist untrennbar verknüpft mit der Erfindung des Buchdrucks im Jahrzehnt zwischen 1440 und 1450 durch Johannes Gutenberg. Zwar hatte es in China schon Jahrhunderte zuvor eine ähnliche Innovation gegeben, aber die Technik des Buchdrucks blieb dort fest in der Hand der Zentralgewalt, der Buchdruck blieb Herrschaftstechnik und konnte sich nicht in die Gesellschaft ausbreiten. Ganz anders war die Situation in Europa: Hier gab es keine Zentralgewalt, welche die Verbreitung des Buchdrucks hätte verhindern können: Die typographischen Medien (Bücher, Flugschriften, Pamphlete) folgten den existierenden Handelsnetzen – wer Geld und Interesse hatte, kaufte sich ein Buch⁵.

Bücher, so beschreibt es Wimmer, waren die ersten Massenartikel für den Massenmarkt. Um das Jahr 1500 gab es bereits in 235 Städten eine Druckerei, bis dahin waren vermutlich schon 20 Millionen Bücher produziert worden, bis 1600 waren es um die 150 bis 200 Millionen Bücher. Mit dem Buchdruck änderte sich die Kommunikationsweise der Gesellschaft tiefgreifend: Bücher werden das Herz eines unabhängigen gesellschaftlichen Gedächtnisses, „die Geburtsstunde der neuen, exakten Wissenschaften“⁶ wird durch den Buchdruck eingeläutet, mit dem Buchdruck wird bereits Kriegspropaganda betrieben, im 30jährigen Krieg führten die Armeen auch immer Druckerpressen mit. Ein Zitat, das Napoleon zugesprochen wird, besagt, dass vier Druckerpressen gefährlicher als 100.000 Bajonette seien⁷. Nicht zuletzt ermöglicht der Buchdruck aber auch die Reformation, Luthers 95 Thesen wurden gedruckt und somit weit verbreitet, ebenso wichtig waren aber auch Flugschriften und Pamphlete:

4 Der Autor stützt sich in diesen Beschreibungen vor allem auf die ausführlichen und umfassenden Recherchen von Hannes Wimmer (2000), der diese Entwicklungen in seinem Buch „Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit“ eindrucksvoll dargestellt hat.

5 Vgl. Wimmer (2000: 471).

6 Wimmer (2000: 471).

7 Vgl. Wimmer (2000: 471).

Für das deutsche Sprachgebiet rechnet man für die Zeit bis 1530 mit einer Flugschriftenpublikation von rund 10.000 Ausgaben; bei einer durchschnittlichen Auflage von 1000 Exemplaren, wurden in dieser Zeit 10 Millionen Flugschriften verteilt (Wimmer 2000: 468).

Die Leser nutzten die modernen Medien mit ihren Informationen, um für sich selbst Sicherheit zu gewinnen; sie suchten die Welt nach möglichen Bedrohungen ab. Auch heute erzeugt es ein Gefühl der Unsicherheit, wenn man über mehrere Tage hindurch keine Nachrichten erhält. Man weiß nicht, was passiert ist und ob man möglicherweise von unvorhergesehenen Ereignissen betroffen ist, das Fehlen von Nachrichten erzeuge einen „universal sense of uncertainty“⁸. Genau dieser Hintergrund führte offenbar schon sehr früh zur Entstehung von Zeitungen. Wichtigste Errungenschaft dieses neuen Mediums ist die Multiplikatorfunktion: Prinzipiell kann jedermann das Neueste erfahren; es entsteht Publizität von allem für alle, die Zeitung ist für alle verständlich und ist – mit steigender Literalität – im Prinzip für alle erreichbar. Im Jahr 1609 erscheinen gleich zwei „Zeyttungen“ zum ersten Mal: die *Meßrelationen* in Straßburg und der *Aviso* in Wolfenbüttel bei Braunschweig. 1610 erscheint die erste Wochenzeitung in Basel, 1615 in Frankfurt und Wien, 1616 in Hamburg, 1617 in Berlin, 1621 erscheint die erste englische Zeitung in London und 1631 erstmals die *Gazette de France*, die bis 1789 bestand. In dieser Zeit kam es zu einer beträchtlichen Ausdehnung des literarisch-publizistischen Marktes und folglich zu einer zunehmenden Verdichtung der öffentlichen Kommunikation: Ende des 18. Jahrhunderts erreichte die deutsche Tagespresse mit einer Gesamtauflage von 300.000 Exemplaren rund drei Millionen Leser.

Der 30jährige Krieg sorgte – nach dem Motto „bad news are good news“ – wesentlich dafür, dass die Zeitungen weiter bestanden. Mit der Konsolidierung der Fürstenmacht im Absolutismus geraten die meisten Zeitungen aber in direkte Abhängigkeit von der jeweiligen Regierung: Die Vorzensur wird oft rigoros administriert, Inlandsnachrichten dürfen fast überhaupt nicht mehr gedruckt werden. Themen sind meist Auslandsnachrichten bzw. Nachrichten aus der Welt, „news of special interest“ oder „offizielle Verlautbarungen“, feierliche Zeremonien am Hofe des Dynasten oder glorreiche Siege von Generälen. So war es auf deutschem Boden bis zur Französischen Revolution üblich, manche Autoren meinen, sogar bis zur Reichsgründung 1871. Natürlich gab es auch während dieser Zeit schon eine beträchtliche Ausdehnung des literarisch-publizistischen Marktes und folglich eine zunehmende Verdichtung der öffentlichen

8 Stephens (1989: 221).

Kommunikation: Ende des 18. Jahrhunderts erreichte die deutsche Tagespresse mit einer Gesamtauflage von 300.000 Exemplaren rund drei Millionen Leser⁹.

Die Sphäre der Öffentlichkeit konstituiert sich aus der Interaktion von Massenmedien und Diskursen der Bürger. Die Frage ist aber, ob damit auch eine Expansion der politischen Öffentlichkeit einherging, oder nicht?

Mit Blick auf die Zeit des Vormärz muss man dies bezweifeln: Zeitungen wie der Rheinische Merkur werden per Kabinettsorder verboten, in Preußen werden in den 1830er Jahren jährlich etwa 55 Presseverbote verhängt. Durch die Karlsbader Beschlüsse (1819) werden die durch die Bundesakte (1815) verbrieften Garantien der Pressefreiheit fast gänzlich zurückgenommen und das „Polizei-System der Zensur“ wieder eingeführt (Wimmer 2000: 473).

Mit dem Beginn des maschinell organisierten Drucks von Zeitungen und der damit verbundenen Möglichkeit zur großen Verbreitung entstehen Plattformen für Bürgerdiskurse. Mit den Massenmedien betritt neben Sprechern und Publikum eine dritte Größe das Feld der Öffentlichkeit. Sprecher und Publikum werden über Kommunikateure vermittelt und verlieren damit ihren interaktiven Zusammenhang. Dies steigert aber die Reichweite des Sprechers und dadurch vergrößert sich auch das Publikum. Öffentliche Kommunikation wird zur Massenkommunikation¹⁰. Wimmer stellt fest, dass die Printmedien der Schlüssel für den freien Diskurs der Bürger seien, der ihnen im Demokratisierungsprozess als neues Legitimationsprinzip zu ihrem Siegeszug verhalf¹¹. Und auch Neidhardt geht davon aus, dass „über die Massenmedien Öffentlichkeit zu einer dauerhaft bestimmenden gesellschaftlichen und politischen Größe [wird]“¹².

Die moderne Demokratie wäre ohne Massenmedien nicht möglich. Genau das unterscheidet sie von der antiken Demokratie, wo es zwar auch eine politische Öffentlichkeit gab, aber keine „mediatisierte“. Die antike Demokratie war wesentlich „Versammlungsdemokratie“, d.h. abhängig vom physischen Erscheinen der Bürger zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten¹³.

In historischer Perspektive hat sich die Ausdifferenzierung von Öffentlichkeit von der strukturell wenig verfassten Interaktionsöffentlichkeit über örtlich zentrierte Öffentlichkeiten wie Salons, Kaffeehäuser und Lesegesellschaften und politische Veranstaltungen bis hin zur medial vermittelten Öffentlichkeit entwickelt (Gerhards 1994: 84).

9 Vgl. Wimmer (2000: 472).

10 Vgl. Neidhardt (1994: 10).

11 Wimmer (2000: 629).

12 Neidhardt (1994: 10).

13 Vgl. Wimmer (2000: 460).

Bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts konstituiert sich Öffentlichkeit aus der Interaktion von Massenmedien und Diskursen der Bürger. Habermas konstatiert den kritischen Geist des Zeitung lesenden Bürgerpublikums, der seinen Ausdruck im kommunikativen Raum der Öffentlichkeit findet¹⁴. In Kaffeehäusern lesen die Bürger ihre Zeitung und ereiferten sich in heftigen Diskussionen, während die Drucker ihre „Rapporteurs“ dorthin schickten, um zu erfahren, was die Gemüter bewegt¹⁵. Die Aufklärung entwickelt das Ideal eines „urteilenden“ Publikums, das sich selbst als „Politische Öffentlichkeit“ definiert.

Habermas hat das Wesen der bürgerlichen Öffentlichkeit als die zum Publikum versammelten Privatleute charakterisiert. Diese Öffentlichkeit beruhte auf der Unterscheidung und Trennung von Gesellschaft und Staat. Sie glaubte sich zumindest der Idee und dem Anspruch nach imstande, den politischen Prozess zu bestimmen (Ronneberger 1964: 293).

Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Genese des Begriffes „öffentlich“. Entstanden aus dem Gegensatzpaar im 17. Jahrhundert „privat vs. öffentlich“ beanspruchte der Staat zuerst den Begriff der Öffentlichkeit („res publica“) und verwies alle anderen Bereiche der Gesellschaft in die Privatsphäre. Dies wandelte sich aber in der Aufklärungsliteratur und aus dem Paar „privat vs. öffentlich“ wurde das Doppel „geheim vs. öffentlich“: Das Adjektiv „öffentlich“ wechselte die Seiten und wendete sich gegen die „geheime“ Arkanpolitik der Höfe, gegen Korruption und Patronage und will die Regierenden auf ein Gemeinwohl verpflichten.

Das Subjekt dieser Öffentlichkeit wurde das Publikum als Träger der öffentlichen Meinung. Jeder Bürger („Alle“; Vollinklusion) muss dazugehören können. Diese „kritische Öffentlichkeit“ oder politische Öffentlichkeit nimmt bei Habermas den Platz der Volkssouveränität ein, der aus der klassischen Demokratietheorie stammt. Das Prinzip der Volkssouveränität besagt, dass sich alle Entscheidungen des Staates letztlich auf eine Willensäußerung des Volkes zurückführen und so legitimieren lassen müssen¹⁶. Durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts wird die Vollinklusion aller Bürger in die Bevölkerung weitgehend abgeschlossen. Jeder Bürger hat nun das Recht zu wählen und sich selbst zur Wahl zu stellen.

Die öffentliche Meinung – verstanden als Vorselektion politisch relevanter Themen publiziert in den Massenmedien – diente dem aufstrebenden Bürgertum dazu, bestehende Herrschaftsverhältnisse der Kritik zu unterziehen und Un-

14 Vgl. Habermas (1990a: 82).

15 Vgl. Wimmer (2000: 505).

16 Vgl. Habermas (1990b: 187).

gleichheit als Ungerechtigkeit anzuprangern. „In diesem Sinne wurde der Begriff der öffentlichen Meinung als Mittel zur Herrschaftskritik benutzt, schließlich sogar zur Richterin politischen Geschehens erkoren¹⁷“.

Die politischen Entwicklungen im Jahrhundert zwischen 1848 und 1945 sind wesentlich bestimmt durch die Kommunikationsverdichtung im Bereich der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit (Wimmer 2000: 488).

Mit der Entwicklung von Druck-, Funk- und Televisionstechniken weitet sich politische Öffentlichkeit auf Gesellschaft insgesamt aus; in Deutschland werden täglich fast alle Bürger über mindestens ein Medium von politischen Informationen erreicht, überwiegend von mehreren (Neidhardt 1994: 11).

2.1 Die Entwicklungen in England

Die historischen Prozesse in England gelten als ein „paradigmatischer Fall für eine relativ friedliche Evolution zur parlamentarischen Demokratie“¹⁸. Beleuchten wir die Rolle, die die politische Öffentlichkeit bzw. die Massenmedien dabei gespielt haben. In der Tudor-Zeit befand sich die englische Presse unter strikter Regierungskontrolle, alle Druckwerke mussten amtlich genehmigt werden, die Regierungen selbst aber bedienten sich immer wieder zu ihren Zwecken der Druckerpresse, „so ließ Heinrich VIII. seine Ehescheidung öffentlich rechtfertigen und seinen Konflikt mit Rom publizistisch austragen“¹⁹. In den Wirren des Bürgerkriegs der 1640er Jahre brach die Regierungskontrolle über die Presse völlig zusammen, neue Tageszeitungen kamen auf den Markt, alleine in London konnte der Bürger 1644 zwischen 12 regelmäßig erscheinenden Zeitungen wählen. Publiziert wurden vor allem Berichte über die innenpolitischen Ereignisse und Petitionen. „Das Recht des Petitionierens galt in England als ‚uralte‘ Tradition, man erachtete es als ein ‚birthright‘“²⁰. Themen waren die Abschaffung der feudalen Privilegien und Abgaben, die Abschaffung des House of Lords, allgemeine Bürgerrechte, Volkssouveränität und Menschenrechte²¹. Die Petitionen wurden nun aber nicht mehr nur an die interne Parlamentsöffentlichkeit gerichtet, sondern eben auch publiziert. Hannes Wimmer sieht darin die erste Verbindung zwischen der Parlamentsöffentlichkeit und der allgemeinen Öffentlichkeit des Bürgerpublikums²².

17 Hellmann (2003: 183).

18 Wimmer (2000: 476).

19 Wimmer (2000: 477).

20 Wimmer (2000: 477).

21 Vgl. Wimmer (2002: 242).

22 Vgl. Wimmer (2000: 478).

Cromwell führte jedoch die Pressezensur wieder ein, die „Glorious Revolution“ entzieht der Krone aber wiederum die Kontrolle über die Presse, 1695 läuft in England das Zensurgesetz endgültig aus. Zwei Themen beherrschen die politische Publizistik:

Korruption und die Arkanpolitik von Parlament und Regierung, das heißt, eine freie Presse pocht auf die Gemeinwohlverpflichtung des Staates, ist ein probates Mittel gegen Selbstbereicherungsregimes und andere Formen von Machtmissbrauch, kämpft gegen Ungerechtigkeiten des Rechtssystems und für die Grundrechte der Bürger (Wimmer 2002: 242).

2.2 Deutschland im 20. Jahrhundert

Die deutsche Presse zeigte sich auch im geschichtlichen Rückblick stark abhängig von der Politik. Bereits Reichskanzler Otto von Bismarck hatte sich mit seinem „Reptilienfond“ ein Instrument staatlichen Eingriffs geschaffen. Dies hat sicher auch zu dem Ruf der deutschen Medien beigetragen, weniger unbestechlich zu sein als andere. Die These lautet, dass die Presse in der Weimarer Republik nie eine konsensstiftende Funktion einnehmen konnte, sie verstand sich in dieser Zeit fast ausschließlich als Interessenvertretung politischer Gruppen und Richtungen²³.

Auch nach dem 2. Weltkrieg fällt es schwer, Hinweise für die Funktion der Presse als vierte Gewalt zu finden. Die Möglichkeiten, die das Grundgesetz dazu bietet, beschreibt – wie bereits oben erwähnt – Artikel 5, ein ungehindertes Informationsrecht der Bürger als Ausfluss der Meinungsfreiheit ist darin festgeschrieben, über die Rolle der Medien als Vermittler dieser Informationen finden wir aber keine deutliche Aussage.

Stellen wir diesen Feststellungen die Kritik an der vollkommenen Durchdringung des Staates durch die Parteien gegenüber, die die Teilung der drei Gewalten weitgehend aufgehoben haben, stellt sich die Frage, ob die Medien diese Lücke ausfüllen könnten. Der Presserechtler Martin Löffler weist bereits in den 1950er Jahren darauf hin, dass „die Durchdringung des Staates durch die Parteien in der Bundesrepublik mittlerweile soweit fortgeschritten ist, dass nahezu alle Gewalten mittelbar oder unmittelbar von ihnen ausgeht“²⁴. Den Bedeutungsverlust der Parteien illustrieren die „inflationäre Installierung verschiedener Kommissionen durch die Bundesregierung“²⁵. Die Aushandlung politischer Themen findet nicht mehr in den dafür vorgesehenen Institutionen (den Parlamenten)

23 Vgl. Riese (1984: 180).

24 Zitiert nach Riese (1984: 182).

25 Thumfart (2004: 40).

statt, sondern Politik wird durch Einzelpersonen vor allem in der Öffentlichkeit gestaltet.

Vor diesem Hintergrund nimmt Politikgestaltung neue Formen an und findet an anderen Orten statt. Unter den Bedingungen einer ‚Zuschauerdemokratie‘ mit starker Personalisierung stehen sich die bürgerliche Öffentlichkeit und die verantwortungsträchtigsten, vielleicht gestaltungsmächtigsten politischen Akteure medial verknüpft in Auge gegenüber (Thumfart 2004: 40).

Parteien spielen keine Rolle mehr in dieser Inszenierung, in der vor allem der Konflikt zwischen einzelnen Personen in den Vordergrund gespielt wird.

Löffler, ja schon in den 1950er Jahren, und auch andere Staatsrechtler sahen die Aufgabe des Gegengewichts vor allem den Medien zugewiesen: „Die Presse ist in der Lage und berufen, heute als vierter Träger der öffentlichen Gewalt gegenüber dem gefährlichen Machtstreben des (...) Parteienstaats das gesunde Gegengewicht zu bilden“²⁶.

Die Presse selbst hat aber in diesen Jahren vor allem versucht eine integrative Rolle zu spielen, sie sah ihre Funktion weniger in der Kontrolle der machtausübenden Gruppen als in der Mitverantwortung für die Funktionstüchtigkeit des Staates. Genau wie die Opposition wurden in dieser Phase auch die kritischen Medien ständig mit dem Hinweis auf die Verantwortung für die Stabilität des demokratischen Staates konfrontiert. Bestes Beispiel für diese Positionen war der Vorwurf des „Landesverrates“ der Regierung Adenauer gegenüber dem *Spiegel*: „Die Schutzbedürftigkeit staatlichen Handelns wurde politisch und rechtlich höher bewertet als das Recht der Öffentlichkeit auf ungehinderte Informationen über die Tätigkeit der Staatsorgane“²⁷. Hinter diesem Denkansatz steht die normative Theorie, dass die demokratisch verfassten Massengesellschaften machtpolitisch in sich ausgewogen sind und sich ständig selbst kontrollieren. „Die Presse wird in dieser Theorie, denkt man sie konsequent zu Ende, zu einer abhängigen Größe der den demokratischen Staat tragenden Gruppen, vor allem der Parteien. Ihre Funktion schrumpft auf die eines ‚Vermittlers‘ zwischen diesen Gruppen“²⁸. „Medien, Vermittler, können keineswegs eine Art eigenständige vierte Gewalt neben den Institutionen des demokratischen Staates und sozusagen gegenüber dem demokratischen Legitimationsprozess sein“²⁹.

26 Zitiert nach Riese (1984: 183).

27 Zitiert nach Riese (1984: 185).

28 Zitiert nach Riese (1984: 185).

29 Oberreuter (1982: 35f.).

3. Beziehungen zwischen Massenmedien und politischem System

Die Beziehungen zwischen Massenmedien und Politik werden oft auf die Machtfrage reduziert. Unabhängig davon, ob man bei der zunehmenden Verschränkung dieser beiden Systeme der These der Interdependenz, der Symbiose oder der Interpenetration anhängt, zwischen Medien und Politik ist ein Verhältnis wechselseitiger Dominanz und Abhängigkeit festzustellen.

Im klassischen demokratischen Modell der Öffentlichkeit wird Politik zunächst hergestellt, indem gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Anschließend werden diese Entscheidungen zum Teil von den Politikern selbst, aber im Wesentlichen von den Medien, dargestellt. Auf Grund dieser Darstellung hergestellter Politik entsteht beim Publikum eine Vorstellung von der Politik, in der wesentliche Elemente der Herstellung enthalten sind (Meyer 2001: 117).

Wir sehen hier also drei Ebenen von Politik: die der Herstellung von Politik mit instrumentellem Handeln, der Erzeugung von verbindlichen Entscheidungen. Die Selbstdarstellung von Politik als Eigeninszenierung hergestellter Entscheidungen durch die Politik selbst, und die Fremddarstellung der Politik im Mediensystem nach den medialen Regeln³⁰.

Politik ist in der Demokratie also auf kontinuierliche Öffentlichkeit angewiesen, denn ihre Legitimation erlangt sie allein durch die Zustimmung der Bürger zu dem, was sie von der Politik wahrnehmen können³¹. Die zentrale Leistung der Massenmedien, die sie für das moderne politische System erbringen, ist also die Funktion der Politikvermittlung. Jedes demokratische System braucht spezifische Verfahren und Institutionen, durch die Politik zwischen den politischen Führungseliten und den Bürgern vermittelt wird. Politikvermittlung trägt also der Forderung Rechnung, dass politisches Handeln in der Demokratie zustimmungsabhängig und begründungsbedürftig sei. Politikvermittlung umschreibt ein grundlegendes Phänomen gesellschaftlicher Ordnung, denn ohne Verbindung und Vermittlung, ohne Information und Kommunikation sei eine Kenntnisnahme von Wünschen, Forderungen, Meinungen und Widerständen nicht möglich, sei gesellschaftliches Leben schwer vorstellbar³².

„Die Massenmedien sind Bestandteil der Brille geworden, durch die hindurch wir die Wirklichkeit mitsamt den Massenmedien selbst betrachten“³³. Systemtheoretisch gesprochen stellen die Massenmedien das Beobachtungssystem der gesamten Gesellschaft dar, indem sie ein nach ihrer Rationalität selektiertes Bild der Gesellschaft zeichnen und dieses der Gesellschaft zur Selbst-

30 Meyer (2001: 96).

31 Meyer (2001: 85).

32 Vgl. Sarcinelli (1998: 11).

33 Meyer (2001: 8).

beobachtung zurückfunken. „In der medialen Kommunikation spiegelt sich die Gesellschaft selbst“³⁴. Die Primärfunktion der Massenmedien liege, so Luhmann, in der Beteiligung aller an einer gemeinsamen Realität³⁵. Normativ beschrieben sind die idealen Funktionen der Massenmedien in einer Demokratie eine umfassende und ausgewogene Berichterstattung, Sachlichkeit und gegenseitige Achtung, Wahrheitstreue in Inhalt, Stil und Formen der Wiedergabe und eine Präsentationsweise, die allen Bürgern und Bürgerinnen die Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation ermöglicht.

Die jüngste Diskussion um die Rolle der Medien für die gegenwärtige Politik und Gesellschaft kreist um die Zentralbegriffe Mediendemokratie oder Mediengesellschaft: Mit dem Begriff Mediendemokratie beschreiben wir die Tatsache, dass die Regeln der Massenmedien eine entscheidende Rolle im politischen Prozess übernommen haben. Drei Inszenierungswerkzeuge spielen dabei eine Rolle: Personalisierung, Emotionalisierung und Dramatisierung; Realität in der Berichterstattung wird vereinfacht, komplexe Zusammenhänge werden symbolisch dargestellt und Politik wird mit Personen verbunden³⁶.

3.1 Immer größere Anpassung der Politik an mediale Regeln

Empirische Forschungen haben gezeigt, dass alle Massenkommunikation, seien es die Print-Medien oder die elektronischen Medien, bei der Auswahl und der Gewichtung von Ereignissen dieselben Filtersysteme benutzen; diese Nachrichtenfaktoren sind zwar nicht als Norm oder Regel festgeschrieben, wirken aber dennoch – oft auch unbewusst – auf den Journalisten. Die erste Grundvoraussetzung ist die Ereignishaftigkeit eines Sachverhaltes, Gedanken, Programme, Absichten, die sich nicht als Ereignis präsentieren lassen, haben von Beginn nur geringe Chancen. Wichtige Nachrichtenfaktoren, die den Nachrichtenwert eines Ereignisses erhöhen, sind die kurze Dauer eines Geschehens, möglichst als abgeschlossene Episode; dessen räumliche, politische und kulturelle Nähe zum Betrachter; der Überraschungswert der Information im Rahmen schon eingeführter bekannter Themen; die Konflikthaftigkeit des Ereignisses, großer Schaden oder besondere Erfolge und Leistungen. Besonders für Bildmedien ganz wichtig ist die Personalisierung eines Ereignisses durch Einzelpersonen und durch Prominenz³⁷. Die Medien spielen also eine aktive Rolle bei der Herstellung von Öffentlichkeit, sie bestimmen Struktur und Dynamik nach medialen

34 Gerhards (1994: 87).

35 Vgl. Luhmann (1996: 183).

36 Voigt (2002: 17).

37 Vgl. Voigt (2002: 47f.).

Aufmerksamkeitsregeln. Medien werden immer mehr zur Voraussetzung für die Informations- und Kommunikationspraxis von politischen Akteuren: „Ohne Medien gibt es keine anhaltende, stabile Kommunikation zwischen den Akteuren wie auch zwischen Akteuren und Bürgern“³⁸. Überschreiten die Medien aber nicht ihre ihnen zugedachte öffentliche Rolle, wenn sie politische Prozesse mitprägen? „Verändern sie damit nicht das System demokratischer Kontrolle und institutioneller Machtbalance in einer Weise zu ihren Gunsten wie es dem Modell einer demokratischen Gesellschaft widerspricht?“³⁹

Die Medien befinden sich hier in einer ambivalenten Rolle: einerseits erfüllen sie eine öffentliche Aufgabe, andererseits unterliegen sie aber keiner demokratischen Kontrolle, die der einer politischen Institution vergleichbar wäre⁴⁰. Die den Medien in der deutschen Rechtsordnung zugedachte Rolle der Kritik, Kontrolle und Mitwirkung an der Meinungsbildung, die zur Erfüllung dieser öffentlichen Aufgabe gehören, lassen sich nicht anders ausüben, als durch die Mitwirkung an politischen Diskussionen und Prozessen.

Dass diese Einflussnahme nicht selten die Macht politischer Institutionen begrenzt, ist gewollt und in Einklang mit der Vorstellung von einem demokratischen Rechtsstaat. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Interpretation des Grundgesetzes – insbesondere in der Auslegung des Artikels 5 – immer wieder den hohen Rang der Medienfreiheiten und der Unabhängigkeit der Presse betont (Schulz 1997: 237).

Verantwortlichkeiten sind den Massenmedien teils durch den Gesetzgeber auferlegt, so z.B. in der Sorgfaltspflicht oder dem Schutz der Privatsphäre, aber auch durch ethische oder berufliche Grundsätze, die etwa in den „Publizistischen Grundsätzen“ des Deutschen Presserates codifiziert sind.

In jüngster Zeit erregt das so genannte „Caroline-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg die Gemüter der deutschen Medienschaffenden, die Einschnitte in ihre Kontroll- und Informationsfunktion fürchten. Der Gerichtshof setzte mit seinem Urteil der Berichterstattung über das Privatleben von Prominenten engere Grenzen. Politiker aber werden in der Straßburger Entscheidung ausdrücklich ausgenommen, da bei ihnen das Informationsrecht der Öffentlichkeit weiter gehe, und sich auf Aspekte des Privatlebens erstrecken könne. Recherchen und Berichte über die Affären des ehemaligen Bundesbank-Präsidenten Welteke, die Beziehungen des ehemaligen Verteidigungsministers Scharping zum PR-Berater Hunziger oder die Putzfrauen- und Billigmietenaffäre von Ex-Ministerpräsident Biedenkopf sind auch in Zukunft

38 Jarren (2001).

39 Schulz (1997: 237).

40 Schulz (1997: 237).

zulässig, die Aufdeckung solcher Fälle ist Teil der öffentlichen Aufgabe der Medien⁴¹.

In diesem Zusammenhang scheint auch eine knappe Anmerkung über das Verhältnis von Journalisten und Politikern angebracht. Die Beziehungen von Politikern und Journalisten sind eine „Art Tauschverhältnis mit wechselseitiger Abhängigkeit“⁴². Dem Nutzen des Politikers der persönlichen Publicity, der Thematisierung eines ihm nützlichen Themas, der De-Thematisierung eines ihm schadenden Themas oder der Informierung durch Journalisten z.B. über Konkurrenten steht ein reziproker Nutzen des Journalisten gegenüber. Auch er hat ein Interesse an persönlichem Prestige, der Thematisierung eines nützlichen Themas, der langfristigen Informierung durch Politiker (z.B. auch über konkurrierende Journalisten) und der langfristigen Gewogenheit von Politikern. Beide verfolgen insofern ein gemeinsames Ziel, nämlich die Aufrechterhaltung der politischen Kommunikation, trotz teilweise unterschiedlicher Intentionen und Interessen. Beide können sich dabei auch in Abhängigkeiten verstricken, sie werden zu interagierenden Akteuren in Verhandlungsnetzwerken.

Je genauer die Politik die entsprechenden medialen Aufmerksamkeitsregeln kennt und antizipiert, um so mehr gewinnt sie am Ende auch wieder an Einfluss zurück. Heute sind rund 80% aller Nachrichten des tagesaktuellen Journalismus letztlich auf PR zurückzuführen. Das Motto „Die Medien beherrscht nur, wer sich ihnen unterwirft“ scheint für Politik und Politiker derzeit der geeignete Schlüssel zu sein um ihre primäre Ressource zu sichern: die Legitimation von Macht durch Zustimmung. Dies bedeutet aber, dass sich Politik selbst unter großen Inszenierungsdruck stellt.

In diesem Zwiespalt verändern sich aber auch die politischen Prozesse. Drei Beispiele: Analysieren wir die Erfolgskarriere einzelner Spitzenpolitiker und ihre Machtkämpfe um die obersten Plätze in ihren Parteien, dann stellen wir fest, dass die durch persönliche Inszenierungen angesammelte mediale Macht eine der wichtigsten Ressourcen beim Kampf um Führungsämter geworden ist. Ohne einen hohen Platz in der Mediengunst haben Bewerber um Führungsämter in Parteien und im Staat heute keine realistische Aussicht auf Erfolg mehr. Diese medialen Machtressourcen versetzen einen politischen Akteur mittlerweile sogar in die Lage auch über Programm, Profil und einzelne Politikfelder zu verfügen. Die Entscheidungsmacht darüber geht allmählich von öffentlichen Arenen in die Beratergremien von Spitzenpolitikern über. Als demokratische Legitima-

41 Vgl. *Die Zeit* Nr. 37 vom 2.9.2004.

42 Sarcinelli (1991: 477).

tionsinstanz werden im Feld dieser Entwicklungen zunehmend nur noch die Ergebnisse von Umfragen oder medial inszenierte Stimmungen anerkannt.

Der Zwang zur Legitimation politischen Handelns wächst für den im Nationalstaat agierenden Politiker in Zeiten der Globalisierung und der Europäischen Union, die ihm immer mehr Gestaltungschancen entziehen, immer weiter. Da ist die Versuchung groß, Erfolgsdefizite durch medienwirksame Inszenierungen zu überdecken und symbolische Politik zu betreiben. Und für das Publikum ist es im Einzelfall natürlich schwer ersichtlich, ob die Eröffnung einer neuen Fabrik durch einen Spitzenpolitiker etwas mit politischen Weichenstellungen zu tun hatte. Ronald Reagan besuchte in seiner Amtszeit regelmäßig Grundschulen und hat mit den Kindern gelesen, während seine Regierung die Schul-Etats drastisch kürzte.

5. Die Aufgabe der Massenmedien

Massenmedien treten in historischer Perspektive als ein die politische Öffentlichkeit konstituierendes Element hervor. Aus welchen Quellen beziehen Bürger ihre Informationen über das politische Geschehen, die politische Agenda? Auf der Basis welcher Quellen treffen Bürger ihre Wahlentscheidung? Massenmedien vermitteln Politik, sie selektieren nach ihrer eigenen Logik die zu vermittelnden Informationen.

Das System Journalismus entwickelte sich primär, um die Integration einer funktional zunehmend differenzierten Gesellschaft zu ermöglichen. Journalismus fungiert dabei als System zur Selbstbeobachtung der Gesellschaft: Die institutionalisierte Beobachtung von Beobachtungen koppelt – und integriert damit – einzelne soziale Systeme als Gesellschaft. Für diese Aufgabe werden dem Journalismus (normativ) bestimmte Funktionen zugeordnet, zu denen nach traditionellem Verständnis insbesondere Information, Kritik und Kontrolle sowie Bildung und Erziehung gehören. Im Zuge der weiteren Differenzierung des Journalismus kommen als weitere Funktionen vor allem Unterhaltung und Orientierung bzw. Lebenshilfe hinzu (Altmeppen/Löffelholz 1998: 99).

Welche Macht, insbesondere welche politische, üben die Medien in der Bundesrepublik Deutschland auf den Bürger aus? Angesichts der Rolle der Medien bei der Information, der Kommunikation, der Urteils- und der politischen Bewusstseinsbildung in der Massendemokratie, erscheint es immer wieder erstaunlich, wie vehement Medienmacher ihren Einfluss auf das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Geschehen leugnen bzw. als überaus gering einschätzen. Dazu mehr:

In der oben beschriebenen historischen Rolle der Medien und ihrer Funktionen für den Demokratisierungsprozess sticht bereits eine Funktion heraus, die

den Massenmedien schon sehr früh zugeschrieben wurde: die Kritik- und Kontrollfunktion. Natürlich wird in parlamentarischen Regierungssystemen besonders der Opposition diese Rolle zugeschrieben, aber auch der Journalismus nimmt diese Aufgabe wahr. Themen wie Korruption oder Missbrauch von öffentlichen Ämtern stehen auf der Skala der Nachrichtenfaktoren mit Konflikt, Negativität und oftmals auch Prominenz ganz weit oben.

In einer Untersuchung über die Aufdeckung von Skandalen in Österreich beschreiben Langenbacher und Staudacher, dass der Journalismus seine Kontrollfunktionen oftmals als „letzte Instanz“ erfülle, dass Medien also erst dann auf den Plan treten, wenn alle zuständigen Kontrollinstitutionen versagt haben. „Mit der ‚kontrollierende(n) Aktivierung des Journalismus‘ beginnt ein Kreislauf, dem sich andere Kontrollmechanismen anschließen“⁴³. Besonders der politische Journalismus soll diese Kontrollfunktion wahrnehmen.

Entwickelt hat sich der politische Journalismus als ‚Anhängsel‘ der Politik: Bei seiner Entstehung war er keineswegs autonom, sondern im Gegenteil integraler Bestandteil politischer Interessenvermittlung. Erst allmählich konnte sich der Journalismus aus der Verklammerung des politischen Systems lösen und – im Verlauf des 19. Jahrhunderts – zu einer eigenen Identität finden (Altmeyden/Löffelholz 1998: 97).

Das „Anhängsel“ wurde zur Kontrollinstanz. Eng in Zusammenhang damit steht der Begriff des „Investigativen Journalismus“, in den USA „investigative Reporting“ genannt: Ziel dabei ist es, bisher unbekannte Sachverhalte von politischer Relevanz öffentlich zu machen, die Einzelne, Gruppen oder Organisationen zu verbergen suchen. Missstände in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollen dabei aufgedeckt werden. Wichtig ist die politische Dimension des investigativen Journalismus, nicht Stars und Sternchen und deren Privatleben sollen Thema sein, der Arbeitsmethodik des investigativen Journalisten kommt das normative Element der Machtkontrolle zu.

Schließlich erfüllt ‚investigative reporting‘ eine demokratietheoretisch wichtige gesellschaftliche Funktion, indem diese journalistische Form in besonderer Weise zur Aufdeckung von Missständen beiträgt. Das Selbstverständnis der Journalisten ist einer kontrollierenden vierten Gewalt (Redelfs 2002: 2).

6. Problemstellungen der Beobachtung und Kontrolle

Es wurde versucht, den Begriff der vierten Gewalt, der den Medien in Demokratien zugeschrieben wird, und ihre Rolle für das Funktionieren von demokratischen Systemen aus historischen Prozessen heraus zu erklären. Massenmedien

43 Altmeyden/Löffelholz (1998: 97).

waren und sind eines der konstituierenden Elemente von Öffentlichkeit, in ihrer Entwicklung bis heute ist ihr Beitrag weiter gestiegen, Begriffe wie der der Mediendemokratie wurden in diesem Zusammenhang diskutiert.

In der historischen Betrachtungsweise sticht eine der Aufgaben der Massenmedien hervor, die Kontrollfunktion; Machtkontrolle, Kontrolle des politischen Systems, das Aufdecken von Affären und Korruption sind immer noch eine ihrer wichtigsten Pflichten, die ihr auch vom Rechtssystem zugestanden werden. Die Berichterstattung über diese Themen liegt aber ebenso im Aufmerksamkeitsinteresse der Massenmedien: Korruption, Affären etc. mit ihren Nachrichtenfaktoren Negativität, Konflikt und meist auch Prominenz der verwickelten Personen finden reges Interesse beim Publikum. Die Medien agieren nach ihrer eigenen Logik, sie selektieren Nachrichten mit speziellen Filtersystemen. Massenmedien bieten den Lesern ein nach ihren Regeln selektiertes Bild von Realität. All das, was Bürger von Politik wissen, wie Wähler ihre Wahlentscheidung treffen, hängt letztlich von der Präsentation der Politik in den Massenmedien ab. Die Politik selbst hat sich auf diese Arbeitsweise eingestellt und versucht zu steuern; je besser das politische System die medialen Selektions- und Präsentationsregeln kennt und sich bemüht für das System relevante Themen mit Nachrichtenfaktoren aufzuladen, desto eher werden diese von den Medien ausgewählt und publiziert.

In Deutschland wird die Rolle der Medien als vierte Gewalt durchaus kontrovers diskutiert und wirft sofort die Frage nach der Legitimation auf; einen „checking value“ hat das oberste Gericht der USA den Medien wiederholt zugesprochen:⁴⁴

The Government's power to censor the press was abolished so that the press would remain forever free to censure the Government. The press was protected so that it could bare the secrets of government and inform the people. Only a free and untrained press can effectively expose deception in government (Blasi 1977: 649).

Die Forderung nach einer vierten Gewalt bedeutet aber nicht, den drei konstitutionellen Gewalten Legislative, Judikative und Exekutive den Journalismus als eine vierte Gewalt zu Seite zu stellen. Im Gegenteil der Journalismus sollte als kontrollierende gesellschaftliche Instanz diese drei Gewalten aktivieren. Die Rolle der Massenmedien lässt sich entsprechend wie folgt beschreiben: Sie sollten in der Lage sein, die Kritik- und Kontrollfunktion des Parlamentes (besonders der Opposition) zu ergänzen und notfalls auch zu ersetzen.

44 Vgl. auch Redelfs (2002: 7).

Literatur

- Altmeyden, K.-D./Löffelholz, M. (1998): Zwischen Verlautbarungsorgan und „vierter Gewalt“. In: Sarcinelli, U. (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*. Bonn. S. 97-123.
- Baecker, D. (2003): *Die vierte Gewalt*. Vortrag vom 1.12.2003 auf dem Kongress „Strukturwandel der Öffentlichkeit. 2.0. Mediendemokratie = Medien + Demokratie?“ Berlin.
- Blasi, V. (1977): The checking value in first amendment theory. In: *American Bar Foundation Research Journal* 3. S. 521-649.
- Gerhards, J. (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, F. (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34/1994). Opladen. S. 77-105.
- Habermas, J. (1990a): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.
- Habermas, J. (1990b): Volkssouveränität als Verfahren. Ein normativer Begriff der Öffentlichkeit. In: Habermas, J. (Hg.): *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt*. Leipzig. S. 180-212.
- Hellmann, K.-U. (2003): Demokratie und Evolution, In: Hellmann, K./Fischer, K./Bluhm, H. (Hg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*. Wiesbaden. S. 179-212.
- Jarren, O. (2001): Mediengesellschaft – Risiken für die politische Kommunikation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 41-42. Online-Dokument <http://www.bpb.de/publikationen/3WYOJ> I., = O,Mediengesellschaft.html [Stand: 21.2.2005].
- Luhmann, N. (1996): *Die Realität der Massenmedien*. 2. Auflage. Opladen.
- Meyer, T. (2001): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt a.M.
- Neidhardt, F. (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, F. (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34/1994). Opladen. S. 7-41.
- Nye, J.S. (1967): Corruption and political development: A cost benefit analysis. In: *American Political Science Review* 61. S. 417-427.
- Oberreuter, H. (1982): *Übermacht der Medien. Erstickt die demokratische Kommunikation?* Zürich.
- Redelfs, M. (2002): *Investigative Reporting in den USA: Welche Strukturen stützen den Recherchejournalismus*. Hamburg.
- Riese, H.P. (1984): *Der Griff nach der vierten Gewalt. Zur Situation der Medien in der Bundesrepublik*. Köln.
- Ronneberger, F. (1964): Die politischen Funktionen der Massenkommunikationsmittel. In: *Publizistik* 9. S. 291-304.
- Sarcinelli, U. (1998): Politikvermittlung und Demokratie. Zum Wandel der politischen Kommunikationskultur. In: Sarcinelli, U. (Hg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*. Bonn. S. 11-23.

- Schulz, W. (1997): *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik*. Opladen/Wiesbaden.
- Stephens, M. (1989): *A history of news*. New York.
- Stöber, R. (2003): *Mediengeschichte. Die Evolution „neuer“ Medien von Gutenberg bis Gates. Eine Einführung*. (Bd. 1: Presse – Telekommunikation). Wiesbaden.
- Thumfart, A. (2004): Wir sind das Volk. Wofür noch Parteien? In: *Die Zeit* vom 2.9.2004. S. 40.
- Voigt, R. (2002): *Regieren in der Mediendemokratie: Ansätze für einen Perspektivenwechsel in der Regierungsforschung*. (Paper des Instituts für Staatswissenschaften der Universität der Bundeswehr). München.
- Wimmer, H. (2002): Demokratie als Resultat politischer Evolution. In: Hellmann, K.-U./Schmalz-Bruns, R. (Hg.): *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*. Frankfurt a.M. S. 223-260.
- Wimmer, H. (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit*. Wien.